No. 360. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Montag, 3. August 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche .. 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 25, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 57, Alexanderstraße 1, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 53, Lottenstr. 53, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 60 (Schöneberg-Nordwestbahnhof), Prinzregentenstraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 135, Pichelsberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Schücking-Moltke.

In der Angelegenheit des Bürgermeisters Dr. Schücking-Husum veröffentlichen die freisinnigen Parteileitungen in Schleswig-Holstein folgende, unter anderen von den Reichstagsabgeordneten Carstens, Dr. Heckscher, Dr. Leonhart, Spethmann, Dr. Struve und den Landtagsabgeordneten Hoff und Waldstein unterzeichnete Erklärung:

Dr. Schücking in Husum war bei den vergangenen Landtagswahlen Kandidat der freisinnigen Volkspartei und ist als überzeugter Anhänger liberaler Grundsätze uns bekannt. Diejenigen literarischen Veröffentlichungen, welche dem Regierungspräsidenten in Schleswig den Anlaß zu dem Versuche boten, ihn trotz seiner verdienstvollen kommunalen Tätigkeit seines Amtes zu entsetzen, enthalten im wesentlichen nichts anderes als ein Bekenntnis zu liberalen Anschauungen über das Wesen der Staatsverwaltung im allgemeinen und eine auf solcher Auffassung beruhende Darlegung von Mängeln im gegenwärtigen preußischen Verwaltungssystem. Unter diesen Umständen befindet sich in der Verfolgung des Herrn Dr. Schücking die Auffassung, daß in dem führenden Bundesstaate Preußen es selbst einem Gemeindebeamten nicht mehr gestattet ist, sich in seiner außeramtlichen literarischen Tätigkeit zu freisinnigen Grundsätzen zu bekennen. Der Herrn Dr. Schücking aufgedrungene Kampf ist aber nicht nur eine politische Angelegenheit seiner Partei. Auf dem Spiel steht in diesem Kampfe das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung sowie ferner die politische Unabhängigkeit und freie Persönlichkeit der Gemeindebeamten. Die Gemeindebeamten dürfen nicht nach Art der stets ablesbaren Regierungsbeamten zu willenlosen Werkzeugen der jeweiligen Regierungspolitik herabgedrückt werden. Dies zu verhindern, ist nicht Sache einer Partei, sondern Pflicht jeden Bürgers, dem die freie Persönlichkeit als höchstes Menschengut gilt. Wir erwarten daher, daß die preußische Staatsregierung sich der unhaltbaren Auffassung des Regierungspräsidenten in Schleswig nicht anschließen wird. Sie würde sonst die Fortsetzung der gegenwärtigen Reichspolitik auf das äußerste gefährden.

Leider ist allen derartigen Erklärungen von blockfreisinniger Seite von vornherein jede Kraft genommen, weil von dem parlamentarischen Blockfreisinn weder die preußische Regierung noch der Reichskanzler irgend etwas zu befürchten hat. Der Blockfreisinn bellt bloß; er beißt nicht. Im geeigneten Moment wird der Blockfreisinn immer wieder umfallen, wie bei der Hohkönigsburgangelegenheit, dem Vereinsgesetz und in anderen Fällen. Wer sich auf den Blockfreisinn verläßt, der ist verlassen.

* * *

Ueber die Rolle, die der preußische Minister des Inneren, Herr v. Moltke in der Schücking-Affäre spielt, schreibt neuerdings die im wesentlichen nationalliberale „Köln. Ztg.":

Ist der Minister des Inneren der Ansicht, daß der Schleswiger Regierungspräsident gut und richtig gehandelt hat, als er dem Bürgermeister von Husum den Prozeß machte, weil dieser in scharfer Form den Rückschritt in der preußischen Verwaltung angegriffen und sein liberales Programm verfochten hat? Das ist die Frage, um die es sich handelt, und auf deren Beantwortung alle Welt wartet. Denn dachten alle Amtskollegen des Regierungspräsidenten v. Kozierowsky so wie dieser, und ließe ihnen der Minister freie Hand, so wäre bald kaum ein Stadtoberhaupt vor dem Unwürdigkeitsverfahren sicher. Wenn sie es auch nicht in Schriften und Artikeln niederlegen, und wenn sie sich auch in der Form weniger schroff ausdrücken, so sind doch viele hohe Kommunalbeamte in der Sache mit Dr. Schücking einig. Deshalb ist es wohl der Mühe wert, daß jene Frage eine Antwort findet."

Herr v. Moltke hat die gewünschte Antwort indirekt bereits gegeben. Der Regierungspräsident von Kozierowsky ist noch nicht im mindesten zur Disposition gestellt, obwohl er zu den Beamten gehört, die jeden Tag von der Ausübung ihres Amtes entbunden werden dürfen.

* * *

Das Ketzerverfahren gegen Dr. Schücking ist geeignet, den Städtetag auf die Schanzen zu rufen. Es muß der preußischen Regierung und Herrn v. Moltke gezeigt werden, daß sich die Oberbürgermeister, Bürgermeister und die sonstigen Kommunalbeamten solidarisch fühlen mit dem Bürgermeister von Husum und dem ihm aufgedrungenen Kampfe um sein angetastetes Persönlichkeitsrecht. Wegen ihrer ungemein wichtigen Tragweite rechtfertigt und verlangt die Affäre Schücking-Moltke die sofortige Einberufung eines außerordentlichen preußischen Städtetages. Wir wollen abwarten, ob diese Institution auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, oder ob sie weiter nichts sein will als ein gemütliches „Bürgermeisterquartal".

Lästige Besucher.

Der Beschluß der Dresdner Gastwirte, den „Soldaten" und „Soldatinnen" der Heilsarmee das Betreten ihrer Restaurationsräume zum Zwecke des Verkaufs des „Kriegsrufes" zu untersagen, ist jetzt in Dresden und den Vororten einheitlich durchgeführt worden. Die sonst in großen Scharen auftretenden Mitglieder der Heilsarmee sind fast spurlos verschwunden und treten nirgends mehr in Erscheinung. Auch die Bemühungen seitens des „Oberstkommandierenden" der Dresdner Heilsarmee, die Dresdner Gastwirte zur Zurücknahme des Verbotes zu bewegen, sind ohne Erfolg geblieben. Gastwirte und Gäste befinden sich gleich wohl dabei.

Der Generalstreik in Paris.

Der gestern bereits angekündigte 24stündige Generalausstand in Paris macht sich vor allem, wie zu erwarten war, im Zeitungsbetriebe bemerkbar. Darüber wird in einem nach Mitternacht aufgegebenen Telegramm gemeldet:

Gemäß der von dem Syndikat der Zeitungssetzer ausgegebenen Parole ist gestern abend in mehreren Druckereien nicht gearbeitet worden. Die Aufständigen verhalten sich ruhig. Von anderen Arbeiterverbänden werden Ausstände nicht gemeldet. Die Stadt bietet ihr gewöhnliches Aussehen.

Weiter wird von heute vormittag gemeldet:

Die Mehrzahl der Morgenblätter ist erschienen. Die dem Verbande angehörigen Setzer enthielten sich zwar der Nachtarbeit, doch geschah von ihrer Seite nichts, um die arbeitswilligen Hilfskräfte zu stören. Das starke Polizeiaufgebot vor den Druckereien erwies sich demnach als überflüssig. Die Bäcker- und Fleischerläden, die Milch- und Gemüsegeschäfte sind offen wie gewöhnlich, auch im Lohnwagenverkehr und im Verkehr der Stadtbahnen ist bisher keine Störung zu verzeichnen. Die Truppen der Pariser Garnison erhielten Befehl, sich bereit zu halten. Seit den ersten Morgenstunden reiten Patrouillen durch die Stadt. Gestern sind weitere sechs Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes verhaftet worden.

Das von dem anarchistischen Parteigänger Broutchoux geleitete Minenarbeiter-Syndikat des Pas des Calais veröffentlicht eine Kundgebung, in der die Minenarbeiter aufgefordert werden, nicht zu dulden, daß der Allgemeine Arbeiterverband, die einzige Waffe, die die Arbeiterklasse zur Verteidigung ihres Wohlergehens und ihrer Freiheiten besitze, aufgelöst werde.

* * *

Wie aus Toulon gemeldet wird, sind infolge der Zwischenfälle in Darveil und der gestern vorgenommenen Verhaftungen die Gemüter in der Arbeiterschaft sehr erregt. Sämtliche Arbeiterverbände haben sich bereit erklärt, auf ein gegebenes Zeichen hin sofort in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Nur die Arsenal- und sonstigen staatlichen Arbeiter dürften sich an dem Streik nicht beteiligen.

Zwei Interpellationen sind bereits in der Kammer eingebracht worden. Ein von dem Abgeordneten Cambonze, der die Regierung ersucht mitzuteilen, welche Maßregeln sie zu treffen gedenkt, um dem revolutionären Gebaren des allgemeinen Arbeiterverbandes eine Schranke zu setzen. Der Abgeordnete Lasies interpelliert in demselben Sinne.

Die türkische Verfassung

ist am Sonnabend feierlich verkündigt worden. Der Telegraph meldet aus Konstantinopel vom 3. August:

Gestern ist ein kaiserliches Reskript ergangen und gegen Abend unter feierlichem Zeremoniell der Pforte überbracht und dort verlesen worden. Es enthält die feierliche Bekräftigung der in der Verfassung enthaltenen Grundrechte und die Anordnung, daß der Großwesir die Auswahl der Kabinettsminister zu treffen und dem Sultan zur Genehmigung zu unterbreiten habe, mit Ausnahme des Scheich ul Islam, des Kriegsministers und des Marineministers, deren Ernennung der Sultan sich unmittelbar vorbehält. Das Reskript trifft ferner Bestimmungen über die Ernennung und Beförderung, die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten, sowie die jährliche Aufstellung des Staatshaushaltes, und die Ankündigung von Vorlagen betreffend Abänderung bestehender Gesetze über die Organisation und die Pflichten der Ministerien und der Provinzialbehörden. Besonders auf die Wehrkraft des Landes bezügliche Bestimmungen sind, dem Reskript zufolge, dem Kriegsminister zugegangen. Der Großwesir wird angewiesen, ein neues Kabinett zu bilden.

Die Vereidigung des Heeres.

Gestern vormittag legten die Offiziere und Soldaten der Taxim-Kaserne den Eid auf die Verfassung ab. Dieselbe Zeremonie wird für heute abend morgen in den übrigen Kasernen erwartet; ob aber auch für die Yildizbesatzung, ist nicht bekannt.

Eine Prätorianergarde außerhalb der Verfassung? Das wird die Begeisterung wesentlich dämpfen.

Die Flucht Izzet Paschas.

Das Gerücht, daß Izzet Pascha unter Benutzung des Motorboots der deutschen Botschaft an Bord eines rumänischen Dampfers gegangen und nach Konstanza abgereist sei, ist falsch. Jetzt verlautet, daß er gestern mit einem ägyptischen Dampfer unter englischer Flagge geflüchtet sei.

Eine Extraausgabe des „Ikdam" veröffentlicht eine Depesche des Kommandanten des Dardanellengeschwaders an den Marineminister, wonach der englische Dampfer „Maria" mit Izzet Pascha an Bord gestern nacht in den Dardanellen angekommen ist. Der Mutesarif und der englische Konsul seien an Bord gegangen und hätten mit Izzet Pascha gesprochen. Der Konsul habe erklärt, er werde nach den Instruktionen seiner Botschaft handeln. Der Geschwaderkommandant habe die Instruktionen des Ministers verlangt. Die Erregung gegen Izzet Pascha wird immer heftiger. Man besorgt, daß er im Falle seiner Auslieferung ein Opfer der Volkswut werde.

Die wegen der Flucht Izzets ergrimmte Volksmenge drang in die Präfektur ein, mißhandelte den Präfekten Ali Bey und zog alsdann in der Richtung auf Galata weiter. Sämtliche Handelsgeschäfte in den von der Menge durchzogenen Straßen schlossen sofort ihre Läden. Infolge des ungeheuren Andranges am Quai bei der Flucht Izzets stürzten eine Anzahl Demonstranten ins Wasser, konnten aber sämtlich gerettet werden. Eine Anzahl junger Leute schiffte sich ein, um die Nachforschungen nach Izzet Pascha fortzusetzen. Nach Galata zurückgekehrt, veranstaltete die Volksmenge große Demonstrationen vor dem Palais des Großwesirs, es gelang diesem jedoch, die Menge zu beschwichtigen.

Abdul Hamid als Harun al Raschid.

Die Londoner Exchange Telegraph Co. berichtet aus Konstantinopel folgende rührsame Geschichte: Der Sultan machte gestern, nur von einem einzigen Beamten in Zivil begleitet, einen Spaziergang durch die Stadt. Er interessierte sich lebhaft für Gespräche, in denen die neue Wendung der Dinge kritisiert wurde, und es machte ihn viel Vergnügen, das Leben und Treiben auf den Straßen zu beobachten. Ohne erkannt zu werden, kehrte der Sultan in den Palast zurück. Als die Bevölkerung nachträglich von diesem Spaziergange hörte, zog man vor das Palais und brachte dem Sultan große Ovationen dar.

Am Ende erlebt man noch in Konstantinopel einen Umritt des Großherrn nach dem Muster des 21. März 1848 in Berlin!

Lucanus †

Einer, der stärker ist als Lucanus, der früher die fälligen Minister „geholt" hat, hat jetzt bei Lucanus selbst angeklopft: der Tod. Der Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers, Wirklicher Geheimer Rat Dr. v. Lucanus, ist in der vergangenen Nacht in Potsdam gestorben, nachdem er seit längerer Zeit schwer krank gewesen war.

Der Prinz als Dr.

Die mündliche Doktorprüfung des Prinzen August Wilhelm von Preußen wird nach einer Mitteilung des derzeitigen Dekans der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Straßburg noch ein gerichtliches Nachspiel in Form von Beleidigungsklagen im Gefolge haben. Die in Straßburg erscheinenden Blätter „Bürger-Zeitung" und „Freie Presse" hatten in je einem „Der Prinz" beziehungsweise „Der Doktor von Hohenzollern" überschriebenen Artikel über die mündliche Prüfung des Prinzen Tatsachen veröffentlicht, die von dem Dekanprofessor Dr. v. Tuhr als „gänzlich unrichtig" bezeichnet werden. Infolgedessen haben die an dieser Prüfung beteiligt gewesenen Mitglieder der Fakultät gegen beide Zeitungen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Außerdem hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät beschlossen, den Kurator der Universität zu bitten, auch seinerseits Strafantrag zu stellen. Zu der erwähnten Prüfung selbst betont der Dekan ausdrücklich, daß diese bei „ungewöhnlich schwerer Fragestellung" ein „außerordentlich gutes Resultat" ergeben habe.

Der Kaiserbesuch in Schweden.

Aus Stockholm meldet der Telegraph: Das deutsche Geschwader nahm um 5 Uhr morgens bei Almagründen-Feuerschiff einen Lotsen an Bord. Das schwedische Geschwader, das um 4 Uhr morgens von Sandhamn abgegangen war, traf das deutsche Geschwader um 6 Uhr auf dem inneren Almagrund, worauf beide Geschwader die Reise nach Stockholm fortsetzten. Um 8½ Uhr trafen der König und die Königin in Skeppsholmen ein, wo sie sich an Bord des „Drott" begaben, der sofort nach Lilla Värtan in See ging, um der „Hohenzollern" und dem deutschen Geschwader zu begegnen.

Fallières' Abreise.

Wie aus Christiania gemeldet wird, nahm gestern nachmittag Präsident Fallières auf dem Schlosse Abschied von der Königin und fuhr in Begleitung des Königs zum Hafen. In einer königlichen Schaluppe begaben sich dort der König und Fallières nach dem Präsidentenschiffe, das, nachdem der König an Land zurückgekehrt war, die Anker lichtete.

Gefangenenrevolte.

Ein Telegramm aus Paris berichtet: Nach Meldungen aus Nimes kam es im dortigen Gefängnis zu Ausschreitungen. Die Gefangenen zerstörten das gesamte Material der Arbeitssäle. Der Aufstand konnte bisher nicht bewältigt werden. Die Gefängnisverwaltung hat zum Schutze des arg bedrohten Personals 300 Mann Soldaten requiriert.

Eine große Gaunerei

wurde einer Petersburger Depesche der „Frankfurter Ztg." zufolge wieder einmal im russischen Marineamt entdeckt. Nachdem das zweite Geschwader des Stillen Ozeans Schanghai verlassen hatte, kamen sämtliche Sparkassenbücher abhanden. Die Verwandten der gefangenen Marinesoldaten erhielten die eingezahlten Summen zurück, wenn sie Briefe von den Gefangenen vorweisen konnten, in denen diese über ihre Ersparnisse nähere Mitteilungen machen. Diesen Umstand nutzte eine Gruppe Angestellter des Marineressorts aus, um durch gefälschte Briefe über 80,000 Rubel zu erhalten. Einer der Haupträdelsführer wurde bereits verhaftet.

Ein verhängnisvoller Brand

wird aus der deutschen Gesandtschaft in Peking gemeldet. Dort brannten gestern einige Ställe nieder. Im Geschützmagazin explodierte dabei Munition, wobei zwei deutsche Soldaten getötet, sechs deutsche und fünfzehn französische Soldaten verwundet wurden, darunter eine Anzahl schwer.

Paris, 2. August. Der **Vizepräsident der Kammer, Mougeot** wurde heute im Departement Haute-Marne zum Senator gewählt.

London, 2. August. Bei der **Ersatzwahl** für das verstorbene liberale Unterhausmitglied Cremer im Wahlbezirk Haggerston erhielt der Unionist Guineß 12,867, der Liberale Warrent 1724, der Sozialist Burrows 986 Stimmen.

New-York, 2. August. Aus Caracas wird vom 31. Juli gemeldet: Der **Zwist zwischen Castro und den Niederlanden** wird sich wahrscheinlich weniger ernst entwickeln, als es zuerst den Anschein hatte. Der Gedanke, daß es zu einem bewaffneten Konflikt kommen könne, wird für absurd gehalten.